

Henning Vöpel, Daniel Comtesse, Ulrich Zierahn

Altersvorsorge und Konsumverhalten von Frauen in Deutschland

Die Renten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung werden aufgrund der demografischen Entwicklung sowohl für Männer als auch für Frauen relativ zu den Erwerbseinkommen sinken. Frauen sind dabei zusätzlich spezifischen Rentenrisiken ausgesetzt. Um die Unterschiede zukünftig auszugleichen, helfen insbesondere Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Infolge der demografischen Alterung der Gesellschaft in Deutschland wird das umlagefinanzierte Rentensystem zu einem relativen Absinken der Renten gegenüber den Erwerbseinkommen führen. Wenn immer mehr Rentner von immer weniger Erwerbstätigen aus dem laufenden Einkommen finanziert werden müssen, ist dies die zwangsläufige Konsequenz, will man nicht das Renteneintrittsalter weiter heraufsetzen oder die Rentenversicherungsbeiträge und damit die Lohnnebenkosten erhöhen. Zur Kompensation des demografischen Renteneffekts sollen die betriebliche und die private Altersvorsorge ausgebaut werden. Politische Maßnahmen sollen hierfür zusätzliche Anreize schaffen. Insbesondere Frauen sind in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) im Vergleich zu Männern einer Reihe von spezifischen Rentenrisiken ausgesetzt. Ihnen droht im Alter eine deutliche Verschlechterung ihrer relativen Einkommensposition in der Gesellschaft.

Im Folgenden werden einige der wesentlichen frauenspezifischen Rentenrisiken skizziert. Anschließend wird für verschiedene soziodemografische und sozioökonomische Merkmale von Frauen eine Rentenprognose erstellt. Die Differenz des Alterseinkommens zum letzten vor Renteneintritt bezogenen Erwerbseinkommen wird als „Rentenlücke“ bezeichnet. Typischerweise verändert sich jedoch im und mit dem Alter das Konsumverhalten, so dass die Rentenlücke nicht zwingend einen guten Maßstab für den zu erwartenden Verlust von Konsummöglichkeiten darstellt. Anhand der Einkommens- und Verbrauchs-

stichprobe des Statistischen Bundesamtes¹ werden in diesem Beitrag Alters- und Einkommenseffekte auf das Konsumverhalten analysiert und in einen Zusammenhang mit der Altersvorsorge von Frauen gestellt.

Zur Ökonomik der Altersvorsorge

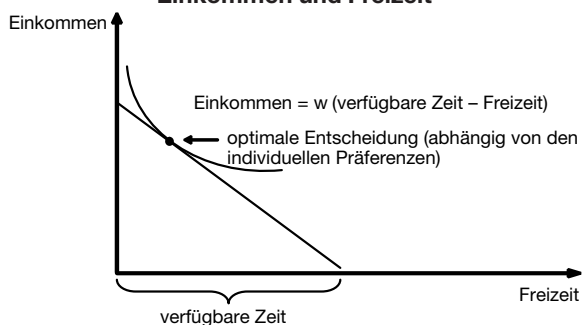
Grundsätzlich stellt die Entscheidung über die Höhe der privaten Altersvorsorge eine intertemporale Konsumententscheidung dar. Dahinter stehen sowohl eine Entscheidung über die Aufteilung der Lebenszeit auf Arbeit und Freizeit als auch eine Entscheidung über Gegenwarts- und Zukunftskonsum (vgl. Abbildungen 1 und 2).

Es sei angenommen, dass es zwei Lebensphasen gebe: eine Erwerbsphase t_0 und eine Rentenphase t_1 . In der Erwerbsphase wird durch die Entscheidung über Arbeitszeit und Freizeit die Höhe des Lebenseinkommens bestimmt. In der Arbeitszeit wird der Lohnsatz w verdient. Simultan wird eine Entscheidung über den optimalen Konsumpfad, d.h. über die Aufteilung des Lebenseinkommens auf Konsum in Periode 0 und Periode 1 getroffen. Die Ersparnis verzinst sich mit dem Zinssatz i . Dabei wird unterstellt, dass diese Entscheidungen rational sind, d.h. den erwarteten Nutzen des Akteurs über die Zeit maximieren. Insoweit besteht kein Grund für staatliche Eingriffe in die privaten Vorsorgeentscheidungen von Personen und Haushalten. Auch die Tatsache, dass solche Entscheidungen unter Unsicherheit über zukünftige Entwicklungen und Lebensumstände getroffen werden, stellt keine ausreichende Begründung dar, da Risiken individuell unterschiedlich bewertet werden. Es kann angenommen werden, dass die physischen Möglichkeiten in Bezug auf Sport, Freizeit und Reisen im Alter eingeschränkt sein können und so der Nutzen aus Zukunftskonsum geringer ist als aus Gegenwartskonsum; diesbezüglich können sich Zeitprä-

Dr. Henning Vöpel, 36, ist Mitarbeiter des Kompetenzbereichs Wirtschaftliche Trends des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI); Daniel Comtesse, 26, ist dort Research Fellow; Ulrich Zierahn, 25, Dipl.-Ökonom, ist dort Research Associate.

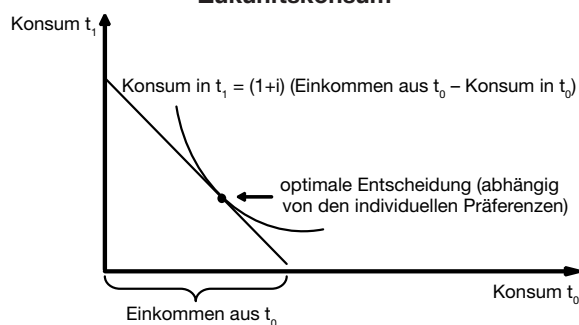
¹ Statistisches Bundesamt: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, Wiesbaden 2008.

Abbildung 1
Entscheidung über
Einkommen und Freizeit



Quelle: eigene Darstellung.

Abbildung 2
Entscheidung über Gegenwarts- und
Zukunftskonsum



Quelle: eigene Darstellung.

ferenzzraten von Individuen erheblich unterscheiden. Medizinischer Fortschritt erhöht jedoch nicht allein die Lebenserwartung, sondern verlängert auch die Phase des aktiven Lebens. So ist heute auch nach dem Eintritt in die Rente ein uneingeschränktes aktives Leben noch mehrere Jahre und sogar Jahrzehnte möglich – zugleich steigt damit für viele Berufsgruppen allerdings auch die physische Befähigung zur Erwerbsarbeit. Oft wird darüber hinaus argumentiert, dass der Nutzen aus zukünftigem Konsum gegenüber dem gegenwärtigen Konsum typischerweise unterschätzt wird, d.h. die Zeitpräferenzrate zu hoch angesetzt wird. Dieser Argumentation folgend stellt die private Altersvorsorge ein „meritorisches“ Gut dar, dessen Nutzen von den Konsumenten systematisch unterschätzt wird, was insoweit ein staatliches Eingreifen begründet.

Aus makroökonomischer Sicht bedeutet die Ergänzung der umlagefinanzierten, gesetzlichen Rentenversicherung um die kapitalgedeckte, private Altersvorsorge eine (einmalige) Erhöhung des Kapitalstocks. Jene Generation, die zusätzlich zur GRV private Vorsorge betreibt, spart und erhöht das Sachvermögen oder erwirbt Forderungen gegenüber Dritten. Der Einmaleffekt folgt aus dem Umstand, dass die erste Generation zwar in der Erwerbsphase spart, in der Rentenphase jedoch entspart bzw. ihren Anteil am Sachvermögen den Jüngeren überträgt. Zu jedem Zeitpunkt müssen jedoch weiterhin die Rentner aus dem laufenden Sozialprodukt versorgt werden. Hierfür müssen sie Ansprüche an das zukünftige Sozialprodukt aufbauen. Auf aggregierter Ebene müssen dies im Falle von Forderungen solche gegenüber dem Ausland sein, da in einer geschlossenen Volkswirtschaft der Finanzierungssaldo definitionsgemäß Null ist. Führt die zusätzliche Ersparnis zu Investitionen in

den heimischen Kapitalstock, entstehen daraus zusätzlich zum Arbeitseinkommen vermehrt Kapitaleinkommen. Der demografische Effekt eines sinkenden Arbeitsinputs wird also ausgeglichen durch einen höheren Kapitalinput aus gesteigener Ersparnis. Inwieweit der daraus resultierende Wachstumspfad einer Ökonomie wohlfahrtstheoretisch optimal ist, wird an dieser Stelle nicht diskutiert.

Spezifische Rentenrisiken von Frauen

Die gesetzliche Rente von Frauen ist typischerweise von einer Reihe verschiedener Risikofaktoren betroffen. Alle diese Faktoren wirken unmittelbar auf die Erwerbsbiografien von Frauen ein. Dies gilt nicht nur für die Anzahl der beitragspflichtigen Erwerbsjahre, sondern auch für den Einkommens- und Karriereverlauf. Die für die späteren gesetzlichen Rentenansprüche maßgeblichen Rentenpunkte setzen sich zusammen aus der Anzahl der Erwerbsjahre und der Höhe des eigenen Bruttoeinkommens gegenüber dem Bruttodurchschnittseinkommen. Die Anzahl der insgesamt gesammelten Rentenpunkte multipliziert mit dem jeweiligen Rentenwert, der sich an dem jeweiligen Bruttodurchschnittseinkommen orientiert und für demografische Entwicklungen kontrolliert, ergibt die Bruttorente. Vor diesem Hintergrund lässt sich eine Reihe von frauenspezifischen Risikofaktoren für die gesetzliche Rente identifizieren. Dabei bestehen zwischen den Risikofaktoren komplexe Interdependenzen. So kann bereits eine geringere formale Qualifikation der Frau gegenüber ihrem Partner oder Ehemann aufgrund von Opportunitätskostenüberlegungen die Entscheidung bestimmen, ob die Frau die Hausarbeit erledigt und die Kinder erzieht (verdient der Mann mehr, sind die Kosten der Kindererziehung für ihn höher).

Tabelle 1
Formale Ausbildung¹
von Frauen und Männern, 2004
(in %)

| | Berufsausbildung | | Hochschul- oder Fachhochschulreife | | Hochschul- oder Fachhochschulabschluss | |
|--------------------|------------------|--------|------------------------------------|--------|--|--------|
| | Frauen | Männer | Frauen | Männer | Frauen | Männer |
| Gesamtbevölkerung | 66 | 77 | 19 | 24 | 9 | 15 |
| 25- bis 35-Jährige | 55 | 56 | 35 | 35 | 15 | 16 |
| Über-65-Jährige | 43 | 57 | 6 | 16 | 3 | 13 |

¹ Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Frauen in Deutschland 2006, Wiesbaden 2007.

• **Ausbildung:** Viele Generationen von Frauen – insbesondere ältere – sind durch den formalen Bildungsabschluss und die berufliche Ausbildung gegenüber Männern schlechter gestellt. Dies resultiert überwiegend noch aus einer traditionellen Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen. So besitzen laut Mikrozensus aus dem Jahr 2004 rund 19% der Frauen und 24% der Männer die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss haben 9% der Frauen und 15% der Männer. Insgesamt haben 66% der Frauen und 77% der Männer eine berufliche Ausbildung.² Diese Unterschiede zwischen Frauen und Männern bezogen auf die Gesamtbevölkerung kommen vor allem aus den höheren Altersgruppen. Jüngere Frauen sind mittlerweile den jüngeren Männern in der Bildung und Ausbildung gleichgestellt (vgl. Tabelle 1). Der Anteil der Frauen bei den Ärzten ist zwischen 1996 und 2006 von 34,5% auf 37,6%, im Hochschulbereich zwischen 1998 und 2006 von 29,8% auf 34,8%, und bei Managern zwischen 2001 und 2007 von 27,0% auf 27,7% nur leicht gestiegen.³

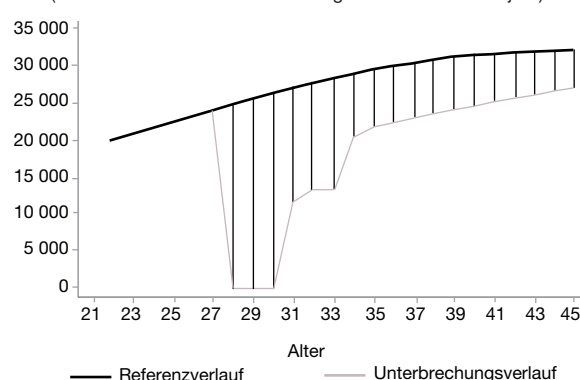
• **Kinder:** Ein häufiger Grund für Unterbrechungen der Erwerbszeiten von Frauen sind die Geburt und die Erziehung von Kindern. Der Gesetzgeber hat versucht, diesen Nachteil auszugleichen, indem die entsprechenden Unterbrechungen auf die Rente angerechnet werden. Für Kinder, die vor dem 1.1.1992 geboren sind, erhält die Mutter für ein Jahr einen Rentenpunkt (dies entspricht einer Rentenanwartschaft in Höhe des Bruttodurchschnittslohns), für Kinder, die am oder nach dem 1.1.1992 geboren

² Vgl. Statistisches Bundesamt: Frauen in Deutschland 2006, Wiesbaden 2007.

³ Vgl. Eurostat: Pressemitteilung 29/2009, 6. März 2009.

Abbildung 3
Lohnentwicklung von Akademikerinnen bei Unterbrechungen

(Jahresbruttolohn in Euro und Erstgeburt im 28. Lebensjahr)



Quelle: C. Boll: Lohnleinbußen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen - fertilitätstheoretische Einordnung, Quantifizierung auf Basis von SOEP-Daten und familienpolitische Implikationen, HWWI Research Paper, 1-19, Hamburg 2009.

sind, werden sogar drei Jahre pro Kind angerechnet. Dennoch tragen Frauen den überwiegenden Teil der ökonomischen Last, da im Anschluss an die Geburt und die Erziehung von Kindern die Karriere sich typischerweise nicht in gleicher Weise fortsetzen lässt wie bei Frauen ohne Kinder. Erziehungszeiten stellen auf dem Arbeitsmarkt einen Verlust an Berufserfahrung dar – Humankapital kann veralten und sich über die Zeit abschreiben.

Primär äußert sich die Ungleichverteilung der ökonomischen Last zwischen Männern und Frauen in den Erwerbsquoten von Müttern; diese unterscheiden sich zwischen den alten und den neuen Bundesländern noch erheblich. Nach einem Umfrageergebnis wünschen sich 60% der Frauen in Westdeutschland und 20% der Frauen in Ostdeutschland, mehr zu arbeiten. Insgesamt ist die Arbeitszeit von Frauen im Zeitraum von 2001 bis 2006 um mehr als eine Stunde auf 29,1 Stunden pro Woche gesunken. Männer arbeiten damit im Durchschnitt 9,3 Stunden länger als Frauen. Mütter mit zwei Kindern arbeiteten 2006 im Schnitt 23 Stunden pro Woche, während Väter mit zwei Kindern 41,5 Stunden arbeiteten.⁴ Durch die ungleichmäßige Lastenverteilung tragen Frauen auch das höhere Einkommensrisiko im Falle von Scheidungen.⁵

⁴ Vgl. Institut für Arbeit und Qualifikation: IAQ-Report 2008-04, Essen 2008.

⁵ Gleichwohl kann die Entscheidung von Ehepaaren, wer wie lange erwerbstätig sein soll, ökonomisch rational sein. Dennoch ist anzunehmen, dass die ökonomischen Entscheidungen in Ehen oder Partnerschaften durch die familienpolitischen Rahmenbedingungen unmittelbar beeinflusst werden.

Tabelle 2
Zeitverwendung von Frauen und Männern
in Paarhaushalten 2002
 (in Stunden:Minuten)

| | mit Kindern unter 18 Jahren | | | | ohne Kinder | |
|--|-----------------------------|--------|-------------------|--------|--------------------|--------|
| | beide erwerbstätig | | Mann erwerbstätig | | beide erwerbstätig | |
| | Männer | Frauen | Männer | Frauen | Männer | Frauen |
| Erwerbstätigkeit | 5:51 | 3:06 | 5:33 | 0:09 | 5:25 | 4:28 |
| Unbezahlte Arbeit (vor allem Hausarbeit und Kinderbetreuung) | 2:48 | 5:22 | 3:11 | 7:33 | 2:33 | 3:26 |

Quelle: Statistisches Bundesamt: Frauen in Deutschland 2006, Wiesbaden 2007.

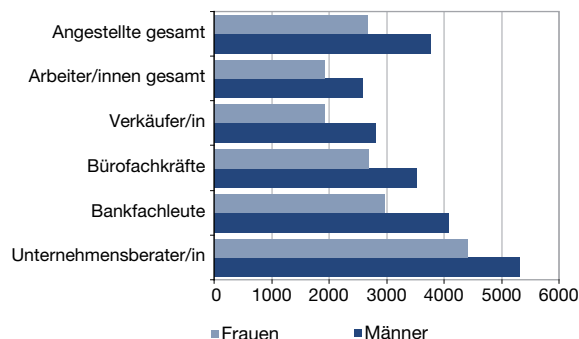
- **Trennung:** Frauen verrichten in Paarhaushalten nach wie vor deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Dies gilt vor allem für Haushalte mit Kindern (vgl. Tabelle 2). Obgleich diese Arbeit ökonomisch auch Einkommen darstellt, ist Hausarbeit nur bedingt auf die Rentenanwartschaft anrechenbar. Zwar hat der Gesetzgeber formal eine Lösung für dieses Problem geschaffen (vgl. Tabelle 3), dennoch trägt die Frau den überwiegenden Teil der ökonomischen Last infolge verminderter Karrierechancen. Scheidungen stellen daher für Frauen ein gravierendes Rentenrisiko dar, wenn vormals einvernehmlich getroffene Haushaltsentscheidungen sich nach der Scheidung oft als eine Lastenverteilung zuungunsten der Frau erweisen.

Tabelle 3
Beispielrechnung für Rentenanwartschaften
in der Ehe
 (in Euro)

| Rentenanwartschaft | Frau | Mann | Haushalt |
|--|------|------|----------|
| Vor Scheidung insgesamt | 500 | 1500 | 2000 |
| davon in der Ehe | 200 | 600 | 800 |
| Hälfte der gemeinsamen Anwartschaft in der Ehe | +200 | -200 | |
| Nach Scheidung insgesamt | 700 | 1300 | 2000 |
| davon in der Ehe | 400 | 400 | |

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Rentenratgeber für Frauen, Berlin 2008.

Abbildung 4
Verdienste von Frauen und Männern
nach Berufen 2004
 (in Euro/Monat)



Quelle: Statistisches Bundesamt 2007.

- **Arbeitsmarkt:** Aus den vorstehend genannten Risikofaktoren resultieren Nachteile für Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die sich in geringerem Einkommen und einer längeren Arbeitslosigkeit äußern. Nach wie vor ist nur rund ein Drittel aller Führungskräfte weiblich, obwohl mit 16 Millionen fast ebenso viele Frauen wie Männer (19,7 Millionen) erwerbstätig sind.⁶ Auch der durchschnittliche Verdienst ist bei Frauen deutlich geringer als bei Männern (vgl. Abbildung 4). In Deutschland war 2007 der durchschnittliche Bruttostundenlohn der Frauen um 23% geringer als bei den Männern. Im Durchschnitt aller EU-Länder (EU27) verdienen Frauen „nur“ 17,4% weniger als Männer.⁷ Faktoren wie Bildung, Berufswahl etc. bleiben unberücksichtigt („unadjusted gender pay gap“). Der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern nimmt dabei mit dem Alter zu, was auf Kohorteneffekte (bessere Ausbildung und Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt der jüngeren gegenüber älteren Frauen) zurückzuführen sein dürfte. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat berechnet, dass nicht nur bei gleichem Beruf, sondern auch bei gleichem Alter und bei gleicher Ausbildung und Betriebsgröße Frauen in Bezug auf den Bruttostundenlohn 12% weniger als Männer verdienen.⁸ Das geringere Durchschnittseinkommen von Frauen ist jedoch nicht zwingend

⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt: Frauen in Deutschland 2006, a.a.O.; sowie Statistisches Bundesamt unter <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/STATmagazin/VerdiensteArbeitskosten/2008,2009>.

⁷ Vgl. Eurostat, a.a.O.

⁸ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern in Deutschland seit 15 Jahren kaum geringer geworden, Pressemitteilung vom 19.3.2009.

Tabelle 4
Frauen über 65 Jahre nach Anzahl der Erwerbsjahre, 2007

| | 1 - 5 Jahre | 5 - 10 Jahre | 10 - 15 Jahre | 15 - 20 Jahre | 20 - 25 Jahre | 25 - 30 Jahre | 30 - 35 Jahre | 35 - 40 Jahre | 40 - 45 Jahre | 45 und mehr Jahre |
|--------------------------------------|----------------|-----------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|-------------------------|
| Bezieherinnen in % | 4,1 | 11,3 | 10,2 | 8,3 | 7,1 | 7,7 | 9,4 | 12,6 | 17,4 | 11,9 |
| Eigene Ansprüche aus der GRV in Euro | 218 | 232 | 304 | 378 | 508 | 588 | 687 | 771 | 856 | 792 |

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Bericht der Bundesregierung: Rentenversicherungsbericht 2008, Berlin 2008.

Ausdruck von Diskriminierung am Arbeitsmarkt, sondern Folge oben genannter Risikofaktoren. Löhne bilden sich am Arbeitsmarkt entsprechend der erwarteten Produktivität. Diese ist aufgrund der höheren Ausfallwahrscheinlichkeit und Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit bei Frauen geringer als bei Männern. Eine höhere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt entscheidend verbessern. Dies würde zu einer Erhöhung der Erwerbseinkommen von Frauen und somit auch ihrer Alterseinkommen führen. Faktisch weist jedoch ein großer Anteil der heutigen Rentnerinnen nur eine geringe Anzahl an Erwerbsjahren auf, die entsprechend zu niedrigen eigenen Ansprüchen aus der GRV führen (vgl. Tabelle 4).

Empirischer Befund

Aus der gesetzlichen Rente erhalten Frauen infolge der genannten Rentenrisiken im bundesdeutschen Durchschnitt deutlich weniger als Männer. Die insgesamt höheren Renten in den neuen Bundesländern sind auf die längeren Beitragszeiten zurückzuführen (vgl. Tabelle 5). Frauen hatten in der ehemaligen DDR einen weitgehend geschlossenen Erwerbsverlauf. Grund für die höhere gesetzliche Rente, aber ein niedrigeres Haushaltseinkommen in den neuen Bundesländern sind die geringeren Alterssicherungsleistungen aus betrieblicher oder privater Vorsorge in den neuen Ländern. Insgesamt beziehen in Deutsch-

land 57% aller Ehepaare und 44% der Alleinstehenden Einkommen aus anderen Vorsorgequellen. Bis Ende September 2008 wurden 12 Mio. Riester-Verträge abgeschlossen, die durch Steuerbefreiung und Zulagen staatlich gefördert werden. Bis Ende 2007 hatten 17,5 Mio. Beschäftigte (64% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten) Anwartschaften auf eine betriebliche Zusatzversorgung aufgebaut.

Aus der Verteilung der Renten zeigt sich für Deutschland, dass Frauen zumeist nur sehr geringe eigene Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen (vgl. Abbildung 5). Etwas differenzierter zeigt sich das Bild, wenn man alle Komponenten der Alterssicherungsleistungen betrachtet. Hierzu gehören nicht nur die eigenen, sondern auch die abgeleiteten Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung (Witwenrenten etc.) sowie die betriebliche und die private Altersvorsorge (vgl. Abbildung 6).

Maßgeblich für den Lebensstandard im Alter ist das gesamte Haushaltseinkommen. Frauen leben bei insgesamt steigender Lebenserwartung jedoch länger als Männer, weshalb sie häufiger allein leben. Die Quote der Alleinlebenden beträgt bei Frauen ab 75 Jahren 63%, während sie bei Männern gerade 24% beträgt.⁹ Hinzu kommt, dass sich in Ehen die Rentenansprüche des Mannes nur teilweise auf die Frau übertragen. So zeigt sich, dass alleinstehende Frauen

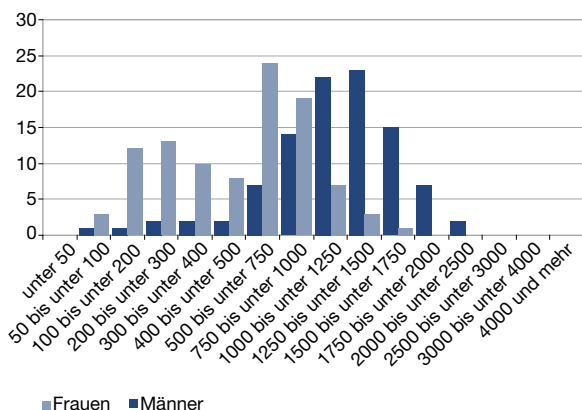
⁹ Statistisches Bundesamt: Frauen in Deutschland 2006, a.a.O.

Tabelle 5
Renten der Gesetzlichen Rentenversicherung am 31.12.2007

| | Deutschland | | Alte Bundesländer | | Neue Bundesländer | |
|---------------------------|-------------|--------|-------------------|--------|-------------------|--------|
| | Männer | Frauen | Männer | Frauen | Männer | Frauen |
| Anzahl der Renten in Mio. | 6,6 | 8,7 | 5,1 | 6,6 | 1,5 | 2,1 |
| Entgeltpunkte pro Jahr | 1,0379 | 0,7841 | 1,0391 | 0,7735 | 1,0339 | 0,8177 |
| Beitragsjahre | 41,2 | 29,0 | 40,1 | 26,3 | 45,0 | 37,7 |
| Rentenzahlbetrag in Euro | 1 021,28 | 534,24 | 1029,31 | 492,27 | 993,60 | 667,00 |

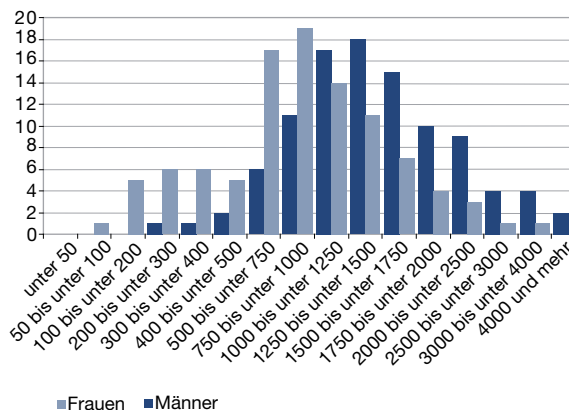
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Bericht der Bundesregierung: Rentenversicherungsbericht 2008, Berlin 2008.

Abbildung 5
Verteilung der gesetzlichen Rente in Deutschland
– Männer und Frauen ab 65 Jahren, 2007
 (in %)



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Bericht der Bundesregierung: Rentenversicherungsbericht 2008, Berlin 2008.

Abbildung 6
Bruttoeinkommen aus Alterssicherungsleistungen
– Männer und Frauen ab 65 Jahren, 2007
 (in %)



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Bericht der Bundesregierung: Rentenversicherungsbericht 2008, Berlin 2008.

durchschnittlich ein deutlich geringeres Netto-Haushaltseinkommen beziehen.

Prognose der Rentenentwicklung

Die gesetzliche Rente wird aufgrund der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten weniger stark steigen als in der Vergangenheit. Wie hoch das Versorgungsniveau durch die gesetzliche Rentenversicherung in Zukunft sein wird, hängt neben der demografischen Entwicklung auch von politischen Entscheidungen bezüglich der Beitragssatzentwicklung und dem Renteneintrittsalter ab. Für die Rentenentwicklungen existieren verschiedene Projektionen, Simulationsrechnungen und Prognosen. Diese basieren zum Teil auf sehr unterschiedlichen Annahmen.

Eine Prognose des HWWI findet sich für ausgewählte Beispiele in der Tabelle 6. Die heute Vierzigjährigen werden dabei am stärksten vom demografischen Wandel betroffen sein, da in den Jahren 2030 bis 2035 die Generation der „Baby-Boomer“ in Rente gehen wird und der Rentenwert dadurch am niedrigsten ist. Das Alterseinkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung in % des aktuellen und des letzten Erwerbseinkommens vor Renteneintritt ist jedoch nur eine individuelle Größe. Inwieweit damit eine Veränderung der relativen Position gegenüber der Erwerbsgeneration, der Rentengeneration oder des persönlichen Umfelds („peer group“) verbunden ist,

lässt sich damit nicht aussagen. Die relative Einkommensposition in der Gesellschaft dürfte aber für die „empfundene“ Wohlfahrt ein entscheidender Faktor sein.

Konsumverhalten von Frauen

Im Folgenden soll untersucht werden, wie sich ein geringeres Alterseinkommen von Frauen auf ihr Konsumverhalten auswirkt. Durch Schätzungen der Einkommenselastizitäten in Bezug auf unterschiedliche Konsumkategorien zu verschiedenen Zeitpunkten des Lebensalters können Einkommens- und Alterseffekt in Bezug auf den Konsum simultan quantifiziert werden. Zu diesem Zweck wurden die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) vom Statistischen Bundesamt ausgewertet. Anhand von Einzelschätzungen für die betrachteten Konsumbereiche wurden zunächst die Residuen ermittelt. Als erklärende Variable gingen das Einkommen, die Bildung, das Alter, der Haushaltstyp sowie als Dummy Baudarlehen ein. Die Residuen als nicht durch die genannten Variablen erklärtes Konsumverhalten lassen sich dann als Präferenzen interpretieren. Anschließend wurden mit einer Clusteranalyse über die Residuen idealtypische Konsumtypen ermittelt. Für diese Konsumtypen können anhand der altersabhängigen Einkommenselastizitäten die Konsumprofile bzw. Konsummuster für unterschiedliche Lebensalter ermittelt werden. Ebenso können die Konsumkategorien benannt werden, in denen sich im Alter

Tabelle 6
HWWI-Prognose der realen gesetzlichen Bruttorente von Frauen

a. Mit Abitur und anschließender Ausbildung (Lehre oder Studium)

| Alter | 25 Jahre | | | | 30 Jahre | | | |
|---|-----------|--------|----------|--------|-----------|--------|----------|--------|
| | kein Kind | | ein Kind | | kein Kind | | ein Kind | |
| Anzahl der Kinder | | | | | | | | |
| Bruttojahreseinkommen in Euro | 18 000 | 30 000 | 18 000 | 30 000 | 24 000 | 36 000 | 24 000 | 36 000 |
| Monatliche Bruttorente aus GRV in Euro | 832 | 1 386 | 850 | 1 365 | 1 066 | 1 600 | 1 073 | 1 571 |
| In % des letzten Bruttomonats- einkommens vor Renteneintritt | 43,1 | 43,1 | 44,9 | 43,2 | 42,8 | 42,7 | 43,5 | 42,5 |
| In % des aktuellen Bruttomonats- einkommens | 55,5 | 55,5 | 56,7 | 54,6 | 53,3 | 53,3 | 53,7 | 52,4 |

| Alter | 40 Jahre | | | | 50 Jahre | | | |
|---|----------|--------|-------------|--------|----------|--------|-------------|--------|
| | ein Kind | | zwei Kinder | | ein Kind | | zwei Kinder | |
| Anzahl der Kinder | | | | | | | | |
| Bruttojahreseinkommen in Euro | 30 000 | 42 000 | 30 000 | 42 000 | 36 000 | 48 000 | 36 000 | 48 000 |
| Monatliche Bruttorente aus GRV in Euro | 1 245 | 1 713 | 1 250 | 1 699 | 1 466 | 1 946 | 1 466 | 1 937 |
| In % des letzten Bruttomonats- einkommens vor Renteneintritt | 42,4 | 41,6 | 42,5 | 41,3 | 44,2 | 44,0 | 44,2 | 43,8 |
| In % des aktuellen Bruttomonats- einkommens | 49,8 | 48,9 | 50,0 | 48,6 | 48,9 | 48,7 | 48,9 | 48,4 |

b. Mit Realschule und Lehre

| Alter | 25 Jahre | | | | 30 Jahre | | | |
|---|-----------|--------|----------|--------|-----------|--------|----------|--------|
| | kein Kind | | ein Kind | | kein Kind | | ein Kind | |
| Anzahl der Kinder | | | | | | | | |
| Bruttojahreseinkommen in Euro | 12 000 | 18 000 | 12 000 | 18 000 | 15 000 | 21 000 | 15 000 | 21 000 |
| Monatliche Bruttorente aus GRV in Euro | 574 | 860 | 617 | 886 | 696 | 975 | 737 | 1 001 |
| In % des letzten Bruttomonats- einkommens vor Renteneintritt | 48,5 | 48,5 | 52,6 | 50,4 | 48,1 | 48,1 | 50,8 | 49,3 |
| In % des aktuellen Bruttomonats- einkommens | 57,4 | 57,4 | 61,7 | 59,1 | 55,7 | 55,7 | 58,9 | 57,2 |

| Alter | 40 Jahre | | | | 50 Jahre | | | |
|---|----------|--------|-------------|--------|----------|--------|-------------|--------|
| | ein Kind | | zwei Kinder | | ein Kind | | zwei Kinder | |
| Anzahl der Kinder | | | | | | | | |
| Bruttojahreseinkommen in Euro | 18 000 | 24 000 | 18 000 | 24 000 | 21 000 | 27 000 | 21 000 | 27 000 |
| Monatliche Bruttorente aus GRV in Euro | 825 | 1 075 | 859 | 1 095 | 940 | 1 201 | 950 | 1 207 |
| In % des letzten Bruttomonats- einkommens vor Renteneintritt | 49,4 | 48,2 | 51,4 | 49,1 | 50,2 | 49,9 | 50,8 | 50,1 |
| In % des aktuellen Bruttomonats- einkommens | 55,0 | 53,7 | 57,3 | 54,7 | 53,7 | 53,4 | 54,3 | 53,6 |

Annahmen: Das Renteneintrittsalter beträgt 67 Jahre. Das angegebene Bruttojahreseinkommen ist das Haushaltseinkommen. Die Erwerbsverläufe sind idealisiert, d.h. es entstehen keine Ausfallzeiten außer einem Jahr pro Kind, das vor 1992 geboren wurde, und drei Jahre pro Kind, das ab 1992 geboren wurde. Für unterschiedliche Bildungsabschlüsse werden unterschiedliche Einkommensprofile in Bezug auf das Lebensalter unterstellt. Für die hier betrachteten Fälle wird für Abitur mit anschließender Ausbildung ein jährliches reales Einkommenswachstum von 0,6% angenommen, für Realschule und Lehre von 0,4%. In die Prognose gehen außerdem ein gesamtwirtschaftliches reales Lohnwachstum von real 0,3% p.a. sowie die demografische Entwicklung gemäß der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung durch das Statistische Bundesamt ein.

Quelle: Berechnungen des HWWI.

Einkommensrückgänge in Ausgabenrückgängen niederschlagen. Insbesondere können die Kategorien anhand der Größe der Einkommenselastizitäten zu den Bereichen „Luxus“, „Lifestyle“ und „Grundbedürfnisse“ aggregiert werden (vgl. Abbildung 7). Mit Hilfe der Einkommenselastizitäten können unter Einschluss des Alterseffekts die Einschränkungen in diesen Bereichen bei Einkommensreduzierung quantifiziert werden.

Im Folgenden wird ein Beispiel für eine solche Analyse dargestellt.¹⁰ Eine heute 32 Jahre alte, allein lebende Frau verfüge über ein monatliches Nettoeinkommen von 2000 Euro. Bekommt diese Frau später eine Rente von netto 1000 Euro, so ändert sich ihr Ausgabenprofil wie folgt:

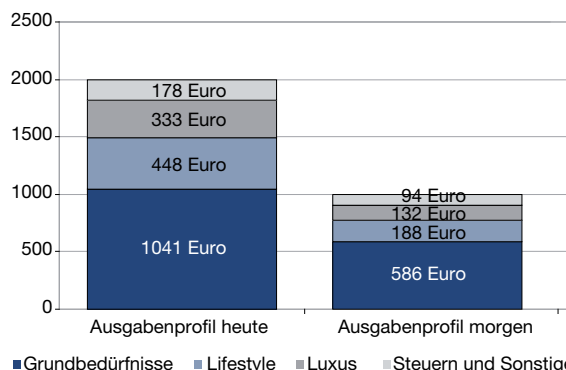
¹⁰ Die Berechnungen erfolgen anhand der geschätzten Einkommenselastizitäten. Da es sich aber um Punktelastizitäten handelt, nimmt der „Fehler“ mit der Höhe der Einkommensvariation zu.

Abbildung 7
Konsumbereiche nach der Höhe der Einkommenselastizität



Quelle: Darstellung des HWWI.

Abbildung 8
Veränderungen der Ausgabenstruktur
(in Euro)



Quelle: Berechnungen des HWWI.

Die Rückgänge der Alterseinkommen gegenüber den Erwerbseinkommen und die Einschränkungen in den einzelnen Konsumbereichen erlauben ausdrücklich keine Aussagen über Nutzen. So kann ein höherer Gegenwartsverbrauch und ein geringerer Altersverbrauch optimal sein, wenn Personen z.B. eine hohe Präferenz für Sport und Reisen haben und gleichzeitig erwarten, im Alter aufgrund physischer Einschränkungen diesen Aktivitäten nicht mehr im gleichen Umfang und in gleicher Intensität nachgehen zu können. Der medizinische Fortschritt und die schon heute zu beobachtende Verlängerung der aktiven Lebensphase wirken jedoch dieser Erwartung entgegen. Die hohe zeitliche Präferenz für Gegenwartsverbrauch gegenüber zukünftigem Konsum könnte wegen einer tendenziellen Unterschätzung des medizinischen Fortschritts die Entscheidung für eine optimale Altersvorsorge verzerren.

Politikimplikationen und Handlungsempfehlungen

Der empirische Befund zur Rentensituation von Frauen in Deutschland hat gezeigt, dass es eine Reihe von spezifischen Rentenrisiken für Frauen gibt. Dazu zählen eine formal schlechtere Ausbildung insbesondere von Frauen älterer Generationen gegenüber Männern, Kindererziehung, Hausarbeit und andere Unterbrechungen der Erwerbsbiografie sowie – daraus resultierend – eine größere finanzielle Abhängigkeit vom Partner und eine geringe Integration in das Erwerbsleben. Alle diese Faktoren haben dazu geführt, dass Frauen geringere Einkommen erzielen und weniger Beitragsjahre aufweisen als Männer, was sich unmittelbar in niedrigeren Renten auswirkt.

Der Gesetzgeber hat in den vergangenen Jahren viele Maßnahmen ergriffen, die dazu beitragen, die

genannten Rentenrisiken von Frauen zu reduzieren. Vor allem die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss hier im Vordergrund stehen. Dabei geht es nicht darum, normativ in die Entscheidung von Haushalten und Familien in Bezug auf Kinder und Erwerbstätigkeit einzugreifen, sondern Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, Frauen im Erwerbsleben den Männern gleichzustellen. Je erfolgreicher diese Maßnahmen sind, desto eher wird die Anzahl der Kinder steigen und desto höher kann gleichzeitig die Erwerbsquote von Frauen sein.

Viele dieser Maßnahmen sind teils jedoch noch in Vorbereitung, teils fangen die schon beschlossenen Maßnahmen erst langsam an zu wirken. Insoweit kommen diese Maßnahmen für viele Frauen schon zu spät. Für unterschiedliche Generationen von Frauen gelten zudem spezifische Kohorteneffekte, z.B. ist die formale Ausbildung von jüngeren Frauen höher, die Gleichstellung im Beruf verbessert und die Lebensplanung selbstbestimmter. Insbesondere die Frauen der „Baby-Boomer“-Generation, die ab dem Jahr 2030 in Rente gehen, konnten aber kaum noch von den familien- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen profitieren. Sie tragen also eine doppelte Rentenlast: den demografischen Effekt einer alternden Gesellschaft und die noch unzureichende Gleichstellung bzw. mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf in weiten Teilen ihres Erwerbsleben. Die Schlechterstellung im Erwerbsleben überträgt sich unmittelbar auf die Lebenswirklichkeit von Frauen im Rentenalter. Gerade solche Konsumausgaben, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, müssen im Alter eingeschränkt werden.